

Deutschland. Aber normal.

Programm der Alternative für Deutschland
für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag



Demokratie und Rechtsstaat**12**

Das Volk ist der Souverän	12
Volksabstimmungen nach Schweizer Modell	13
Die Gewaltenteilung gewährleisten	15
Entpolitisierung der Justiz	15
Verfassungsschutz reformieren	16
Trennung von Amt und Mandat und Kampf der Ämterpatronage	16
Macht der Parteien beschränken	16
Freie Listenwahl und freies Mandat	17
Verkleinerung der Parlamente	18
Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen	18
Lobbyismus eindämmen	19

Freiheit und Verantwortung**22**

Bürgerlich-freiheitliche Rechtsordnung	22
Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung	24
Schutz der persönlichen Freiheit vor digitalen Übergriffen	24
Hinweisgeber (Whistleblower) schützen	25

EU und Europa**28**

Ein Europa der Vaterländer	28
Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten	29

Steuern und Finanzen**34**

Keine EU-Steuern	34
Für ein Steuersystem mit wenigen Steuerarten und verständlicher Systematik	34
Abschaffung der Substanzsteuern	35
Wir wollen ein Land von Wohnungseigentümern werden	37
Elementare Steuergerechtigkeit statt Nominalwertprinzip und Ungleichbehandlung von Steuerbürgern	37
Besteuerung an Digitalzeitalter anpassen: Einführung einer Digitalsteuer	39

Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“ **42**

Wirtschafts- und Innovationspolitik für Deutschland	42
Den Mittelstand entlasten	43
Politisch induzierte Belastungen aussetzen	43
Technologieführerschaft mit „Blue Deal“	43
Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer „Industriepolitik“	45

Der Euro ist gescheitert **50**

Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten	50
Keine Schuldenaufnahme durch die EU, Hilfskredite nur auf nationaler Ebene	51
Zusätzliche Inflationierung durch überzogene Corona-Maßnahmen beenden	52
EZB-Nullzinspolitik beenden	53
Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler Währungen	55
Erhalt des Bargelds: Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung	56
Target-2-Risiko beenden	57
Nationale Investitionen	58
Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, deutsches Staatsgold vollständig zurück nach Deutschland	59

Außen- und Verteidigungspolitik **62**

Die Außenpolitik Deutschlands muss sich an deutschen Interessen ausrichten	62
Das Verhältnis zu wichtigen Staaten im Wandel der Geopolitik	64
Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands	66
Entwicklungsarbeit: Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse	68
Deutschland muss seine wirtschaftlichen Stärken ausbauen	70
Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands	71

Innere Sicherheit	76
Linke Gewalt entschieden bekämpfen	76
Wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität	77
Vollstreckung im Ausland	78
Jugendstrafrecht	78
Bundespolizei stärken – Grenzschutz ist nationale Aufgabe	78
Reform der Polizei	79
Fahndungsmöglichkeiten verbessern	80
Organisierte Kriminalität bekämpfen	80
Sicherheit der Bürger verbessern	81
Strafjustiz verbessern	81
Islam	84
Migration, Asyl und Integration: Human und rational handeln – Deutschland schützen	90
Die Fluchtbewegungen des 21. Jahrhunderts können nicht mittels Aufnahme der Migranten in Europa und Deutschland bewältigt werden.	90
Asylmissbrauch beenden	90
Die unlösbar Folgeprobleme	91
Asylparadies Deutschland schließen	93
Abschiebung und Rückkehr	95
Leben retten und soziale Gerechtigkeit herstellen	96
Hilfe vor Ort statt Tod auf dem Weg nach Europa	97
Zuwanderung wieder national regeln	98
Qualifizierte Zuwanderung	99
Integration	100
Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein kostbares Gut	101

Familienpolitik 104

Familien stärken und fördern	104
Ursachen der demografischen Katastrophe	105
Leistungsfähigkeit der Familien erhalten	106
Familien unterstützen	107
Familienfreundliches Deutschland	108
Kinder in den Familien belassen, Kindesentzug nur in Ausnahmefällen	109
Willkommenskultur für Kinder	110
Trennungsfolgen mindern	112
Verantwortungsvolle Kinderbetreuung	113
Das Geschlecht ist eine biologische Tatsache	114

Arbeits- und Sozialpolitik 118

Zuwanderung von EU-Ausländern in unsere Sozialsysteme begrenzen	118
Nationale Gesetzgebungshoheit im Sozialrecht verteidigen	118
Keine Auszahlungen von Sozialleistungen auf ausländische Konten	119
Lohndumping in der Leiharbeit verhindern	119
Mindestlohn beibehalten	119
Arbeitsleben würdigen – Arbeitslosengeld I gerecht gestalten	120
Reform der Arbeitslosenversicherung	121
Aktivierende Grundsicherung - Arbeit, die sich lohnt	121
Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken	121
Arbeitsrecht reformieren und vereinfachen	122
Gezielte Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit	122
Mehr Arbeitsplätze mit fairer Entlohnung für schwerbehinderte Menschen	122
Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen in Krankenhäusern	123

Das Rentenkonzept der AfD	126
Renten zukunftsfest	126
Freiheit beim Renteneintritt	127
Altersarmut verhindern	127
Abschaffung der Politikerpensionen	128
Reduzierung des Beamtenstatus auf originär hoheitliche Aufgaben	128
Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herstellen	129
Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten beseitigen	130
Keine Doppelbesteuerung, Steuerfreibetrag anheben	130
Umlagefinanzierte Rente stärken	131
Wehrdienst rentenpolitisch würdigen	131
Gesundheitspolitik	134
Schluss mit den unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen	134
Impfen muss freiwillig bleiben	135
Einsetzung eines parlamentarischen Corona-Untersuchungsausschusses	135
Krankenhäuser und Kliniken brauchen Planungssicherheit und eine individuell auskömmliche Finanzierung	136
Serviceorientierte ambulante Versorgung durch Beendigung der Budgetierung	137
Medizinische Versorgung auf dem Land wiederher und sichern	138
Zugang zu Heil- und Hilfsmitteln entbürokratisieren	139
Kurzzeitpflegeplätze in Krankenhäusern finanzieren	139
Beendigung des Pflegenotstands	139
Vorfahrt für die häusliche Pflege	140
Vereinfachung und bessere Übersichtlichkeit in der sozialen Pflege- und gesetzlichen Krankenversicherung	141
Arzneimittelversorgung verlässlich machen	141
Organspende, Sterbehilfe	142
Cannabis nur in der Medizin	142
Antibiotikaresistenzen vermeiden und konsequent bekämpfen	143
Den Beruf des Heilpraktikers erhalten	143
Anforderungen an ausländisches Personal im Gesundheitswesen	144
Souveränität des Patienten über seine Daten herstellen	144
WHO grundlegend reformieren	145

Bildung, Wissenschaft und Forschung **148**

Mut zur Leistung statt Akademisierungswahn	148
Mehrgliedriges Schulsystem erhalten	148
Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master	149
Digitalisierung ist kein Selbstzweck	149
Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten	150
Bildung und Migration	150
Neutralität der Schule wiederherstellen	151
Kompetenzorientierung entwertet Bildung	151
Deutsches Kulturgut im Unterricht vermitteln	152
Kein bekenntnisgebundener Islamunterricht an deutschen Schulen	152
Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen.	152
Kein Koranunterricht durch verfassungsfeindliche Moscheevereine	153
Keine Konfuzius-Institute an öffentlichen Bildungseinrichtungen	153
Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen	153
Autonomie der Hochschulen stärken, Freiheit von Forschung und Lehre bewahren	154
Kein Geld für „Gender Studies“, keine Gender-Quoten	154

Kultur **158**

Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“	158
Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität	159
Kulturförderung	159
Brauchtum und Gedenken	160

Medien **164**

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk neu gestalten	164
„Cancel Culture“ bekämpfen	164
Meinungsfreiheit statt Tugendterror	165

Bauen, Wohnen, Mieten **168**

Wohneigentumsförderung	169
Mehr Wohngeld statt Sozialer Wohnungsbau	170

Klima, Energie, Technik und Digitalisierung**174**

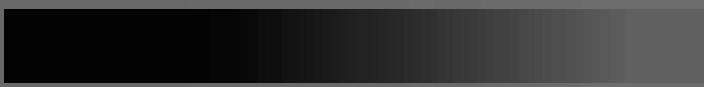
Dem Klimawandel positiv begegnen	174
Kernforderungen zur Klimapolitik	175
Technischen Fortschritt begrüßen	175
Energie – Nein zum „Green Deal“	176
Digitalisierung muss uns Menschen dienen	180
Datenschutz und Datensicherheit	182
Infrastruktur ist die Grundlage für den weiteren Ausbau der Digitalisierung	183
Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung	184
Digitale Souveränität	185

Mobilität und Infrastruktur**188**

Verkehrspolitik	188
Motorisierten Individualverkehr schützen	188
Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern	189
Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr	189
Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken	190
Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten	190
Stadt und Land gleichrangig entwickeln	191
Entscheidungen näher zum Bürger bringen	192
Landschaft als Teil regionaler Identität	192
Infrastruktur	193
Kommunen stärken – Erfüllung der Pflichtaufgaben sicherstellen	193
Ausbau digitaler Infrastrukturen beschleunigen	194
Nord Stream 2 endlich fertigstellen	194

Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz 198

EU-Agrarpolitik renationalisieren	199
Grüne Berufe wertschätzen	199
Familienbetriebe in den Mittelpunkt stellen	200
Düngung am Bedarf der Pflanze orientieren	200
Praxiskonformen Pflanzenschutz etablieren	201
Tierwohl, Haltung und Transport weiterentwickeln	201
Schutz der heimischen Ökosysteme verbessern	202
Zeitgemäßes Wildtiermanagement umsetzen	203
Unsere Wälder schützen und bewahren	203
Gesunde Lebensmittel aus heimischer Produktion fördern	204
Transparenz im Verbraucherschutz ausbauen	204
Wasserversorgung in öffentlicher Hand belassen	205
Ausbau von erneuerbaren Energien einschränken	205



KAPITEL 1

Demokratie und Rechtsstaat

Demokratie und Rechtsstaat

Das Volk ist der Souverän

Die Regierungspolitiker in Bund und Ländern haben mit ihrer Flüchtlings-, Europa- und Corona-Politik die Prinzipien der deutschen Staatlichkeit, des Rechts und der Verfassung vielfach verletzt.

Zugleich haben sich die Volksvertreter der etablierten Parteien den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat ohne Widerstand nehmen lassen.

Die Bundesregierung kommt ihrer Pflicht, Vertragsbrüchen und Selbstermächtigungen durch EU-Institutionen entgegenzutreten, nicht nach. Einzelne rechts- und verfassungswidrige Maßnahmen wurden zwar durch mutige Richter in Hunderten von Urteilen zu Fall gebracht. In unserem Land hat sich aber eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese setzt die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, die Stärke unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes aufs Spiel und stellt Multikulturalität, Diversität, Globalisierung und vermeintliche Gendergerechtigkeit über alles. Sie hält die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen.

Deshalb halten wir die unmittelbare Demokratie für ein unverzichtbares Mittel, um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten.

Wir halten die unmittelbare Demokratie für ein unverzichtbares Mittel, um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten.

Volksabstimmungen nach Schweizer Modell

Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Modell auch für Deutschland. Die uneingeschränkte Volkssouveränität in ihrer fast 200 Jahre bewährten und optimierten Gestaltung hat dem eidgenössischen Bundesstaat eine fortwährende Spitzenstellung in Wohlstand, Frieden und Freiheit gewährleistet.

Durch die Volksabstimmungen wollen wir die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen eindämmen und die Parlamente zu sorgfältiger Arbeit zwingen. Unangemessenen Beschlüssen der Abgeordneten in eigener Sache wollen wir einen Riegel vorschieben. Hierzu zählen etwa die Diäten, Fraktions- und Parteienfinanzierung sowie die Finanzierung von „parteinahen“ Stiftungen. Der Wortbruch der etablierten Parteien bezüglich des Euros und die immer weitere Zentralisierung der EU bedrohen die Zukunft unseres Landes (sowie der nachfolgenden Generationen). Diese fatale Politik wollen wir beenden.

Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen und beinhaltet insbesondere folgende Elemente:

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen.

Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Modell auch für Deutschland.

Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.

Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen. Hierbei soll es jenseits des Art. 79 Abs. 3 GG keine thematischen Beschränkungen geben.

Die Qualität der Entscheidung der Bürger muss gesichert werden durch einen ausgeprägten und autonomen Prozess der Willensbildung, durch Informationspflichten und -rechte und eine breite gesellschaftliche Debatte. Auch die Parlamente sollen die Möglichkeit erhalten, eine Volksabstimmung zu initiieren.

Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für ebenso mündig wie das der Schweizer. Entgegen anderslautenden Behauptungen entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger, friedfertiger und gemeinwohl-orientierter als Berufspolitiker. Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des „EU-Verfassungsvertrags“ durch das französische und das niederländische Volk und der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszutreten.

In Schicksalsfragen der Nation entscheiden Bürger weitsichtiger, friedfertiger und gemeinwohl-orientierter als Berufspolitiker.

Wir vertrauen nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur Energiewende tragfähige Lösungen finden. Das Volk als Souverän muss in direkter Mitbestimmung Träger solcher schicksalhaften Entscheidungen sein.

Die Gewaltenteilung gewährleisten

Zahlreiche Gesetze und die politische Praxis haben die Gewaltenteilung in Deutschland als Kernelement des Rechtsstaats über die Jahre in Gefahr gebracht und zu einer überbordenden Staatsgewalt geführt: Ehemalige Politiker auf Richterstühlen, Abgeordnete, die zugleich Kanzler, Ministerpräsident oder Minister sind und sich insoweit selbst kontrollieren, sowie parteipolitische Netzwerke, die durch verbotene, verfassungswidrige Ämterpatronage entstehen, können nicht länger toleriert werden. Öffentliche Ämter sind ausschließlich nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ zu vergeben (Art. 33 Abs. 2 GG).

Entpolitisierung der Justiz

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden. Auch wollen wir die Praxis ändern, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Justizminister berichtspflichtig ist. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Justiz ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten. Insbesondere die Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden.

Insbesondere die Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.

Verfassungsschutz reformieren

Der behördlich organisierte „Verfassungsschutz“ muss schnellstmöglich auf den Prüfstand gestellt und so reformiert werden, dass er in Zukunft nicht mehr als parteipolitisches Instrument gegen politische Gegner missbraucht werden kann.

Trennung von Amt und Mandat und Kampf der Ämterpatronage

—
Die AfD fordert:
Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal ihren Dienst zu verrichten.
Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach Qualifikation zu besetzen.

Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister dürfen nicht mehr zugleich Abgeordnete sein. Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für das Institut der „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung - vom Ministerialdirektor bis zum Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal ihren Dienst zu verrichten. Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach Qualifikation zu besetzen. Die „Partei-buchwirtschaft“ muss beendet werden.

Grundsätze der fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das Spitzenpersonal des Staates in den Kabinetten zu gelten. Parteipolitische Karrieren können fachliche Defizite nicht ausgleichen.

Macht der Parteien beschränken

Die Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21, Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren „Ausbeutung des Staates“ gefährden unsere Demokratie. Diese politische Instrumentalisierung des Staates ist auch Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit.

Die Loyalität der Abgeordneten muss den Bürgern und dem Staat gelten, nicht den Parteivorständen.

Neben der offiziellen Parteienfinanzierung in Höhe von mittlerweile jährlich ca. 194 Millionen Euro haben sich die Parteien zusätzliche Finanzausstattung verschafft. Hervorzuheben ist dabei die Finanzierung so- genannter politischer Stiftungen, denen alleine 600 Millionen Euro aus Mitteln des Bundeshaushalts jährlich zufließen. Ferner halten wir die jedem Bundestagsabgeordneten zustehende „Mitarbeiterpauschale“ von 22.436 Euro monatlich für überhöht. Ob dabei in jedem Fall wissenschaftlich qualifiziertes Personal oder Partei- soldaten angestellt werden, darf hinterfragt werden.

—
Die AfD will die gesamte staatliche Parteienfinanzierung neu regeln und deutlich begrenzen, sowie die staatliche Finanzierung von Parteistiftungen ganz abschaffen.

Die AfD will die gesamte staatliche Parteienfinanzierung neu regeln und deutlich begrenzen, sowie die staatliche Finanzierung von Parteistiftungen ganz abschaffen. Alle Mittel der Parteienfinanzierung sollen entgegen derzeitiger Praxis der unbeschränkten Kontrolle der Rechnungshöfe unterliegen. Unabdingbar ist auch eine restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen. Ferner soll den Parteien endlich die Beteiligung an Unternehmen, insbesondere Medienunternehmen, verboten werden.

Freie Listenwahl und freies Mandat

Die politische Klasse Deutschlands hat das Wahlrecht und die Wahlverfahren im Lauf der Zeit immer besser ausgenutzt und angepasst, um den Einfluss des Volkes auf die Bewerberauswahl zu minimieren. Dem Wähler werden derzeit starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt.

Über die „sicheren Listenplätze“ bestimmen de facto die Parteivorstände die Zusammensetzung des Parlaments. Mit einer demokratischeren Gestaltung des Wahlsystems will die AfD dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben.

Deshalb treten wir für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten.

Verkleinerung der Parlamente

Mit seinen mittlerweile 709 Abgeordneten leistet sich Deutschland eines der größten Parlamente der Welt. Die im Oktober 2020 von CDU/CSU und SPD durchgesetzte Wahlrechtsänderung entspricht nicht der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Reform der Wahl zum Bundestag. Mit etwa 2.500 Abgeordneten in Bund und Ländern und dem dazugehörigen Verwaltungsapparat hat Deutschland übergroße Parlamente. Wir streben an, den Bundestag um etwa die Hälfte zu verkleinern.

Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir eine Begrenzung der Mandatszeit für Abgeordnete auf vier und der Amtszeit für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden.

Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen

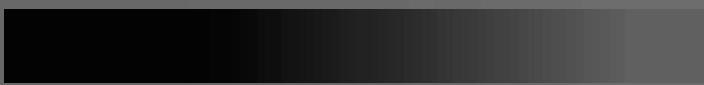
Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus sind die Folge.

Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir eine Begrenzung der Mandatszeit für Abgeordnete auf vier und der Amtszeit für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden. Nicht die Abgeordnetenvergütung, sondern politischer Idealismus soll Motivation zur Kandidatur für ein Mandat sein.

Lobbyismus eindämmen

Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden. Wir wollen die Regelungen hinsichtlich der Nebentätigkeiten von Parlamentariern deutlich verschärfen, um Bestechung zu verhindern. Unseren eigenen Abgeordneten haben wir bereits jetzt über unsere Satzung entsprechende Regeln auferlegt. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien entspricht.

Wir wollen die Regelungen hinsichtlich der Nebentätigkeiten von Parlamentariern deutlich verschärfen, um Bestechung zu verhindern.



KAPITEL 2

Freiheit und Verantwortung

Freiheit und Verantwortung

Im Zentrum unseres Menschenbildes stehen Freiheit und Verantwortung. Wir gehen von der Befähigung und Bereitschaft jedes einzelnen aus, in Freiheit und Verantwortung sein Leben zu gestalten und seine Angelegenheiten und die seiner Familie zu besorgen. Gängelung und Indoktrination durch Staat oder gesellschaftliche Gruppen lehnen wir ab.

Bürgerlich-freiheitliche Rechtsordnung

Die Prinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz und der bürgerlichen Vertragsfreiheit gehören zu den großen zivilisatorischen Errungenschaften Europas. Während des weitaus größten Teils der Menschheitsgeschichte gehörte es zur unhinterfragten Normalität, dass Menschen durch Geburt oder Stand ungleich und in ihrer rechtlichen Selbstbestimmung beschränkt waren, bis hin zum Extrem der Rechtlosigkeit in Form von Leibeigenschaft oder Sklaverei. Erst die christliche und humanistische Kultur der europäischen Völker brachte die vorgenannten Prinzipien hervor und verwirklichte sie in einem jahrhundertelangen Prozess. In den letzten Jahrzehnten ist erschreckenderweise eine Abkehr von diesen europäischen Grundwerten zu verzeichnen. Diesem zivilisatorischen Rückschritt gilt es entgegenzutreten.

In Artikel 3 des Grundgesetzes heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung

Die Alternative für Deutschland tritt für die Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deshalb lehnen wir sog. „Antidiskriminierungs-gesetze“ ab.

bestehender Nachteile hin. Niemand darf wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Diese Sätze haben einen klaren und guten Sinn. Das Recht, nicht vom Staat aufgrund des eigenen Geschlechts benachteiligt zu werden, ist ein individuelles Menschenrecht. Es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu.

Manche Juristen vertreten die falsche These, Artikel 3 GG erlaube es dem Staat, einzelne Menschen „stellvertretend“ für ihr jeweiliges Geschlecht zu bevorzugen oder zu benachteiligen, um die als Kollektive vorgestellten Geschlechter „gleichzustellen“. Jedoch kann es in einem freiheitlichen Rechtsstaat niemals legitimes Ziel staatlichen Handelns sein, in willkürlich abgegrenzten gesellschaftlichen Teilbereichen eine ebenso willkürlich festgesetzte „Geschlechter-quote“ zu erzwingen. Genauso wenig kann eine gesetzlich vorgeschriebene Ungleichbehandlung ein Mittel zur Verwirklichung von Gleichberechtigung sein. Gesetze, die solches vorschreiben, sind verfassungswidrig und abzulehnen. Die AfD wird sich im Deutschen Bundestag für ihre Aufhebung einsetzen.

Die Alternative für Deutschland tritt für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deshalb lehnen wir sog. ‚Antidiskriminierungsgesetze‘ ab. Zentraler Grundwert einer freiheitlichen Zivilrechtsordnung ist die Vertragsabschlussfreiheit, also die Freiheit jedes Einzelnen, selbst darüber zu entscheiden, ob er mit einem anderen Bürger in rechtliche Beziehungen treten will oder nicht.

Die Alternative für Deutschland tritt für die Gleichheit vor dem Gesetz ein. Deshalb lehnen wir sogenannte „Quotenregelungen“ ab.

Unter dem Einfluss der Europäischen Union wird dieses fundamentale Prinzip der Privatautonomie in der deutschen Gesetzgebung Schritt für Schritt zerstört. In einer freiheitlichen Grundordnung ist der Staat in seinem Handeln gegenüber dem Bürger der Pflicht zur Gleichbehandlung unterworfen, der Bürger selbst jedoch ist in der Gestaltung seiner privaten Rechtsverhältnisse frei. Eine Aufhebung dieser Trennung zwischen Staat und Gesellschaft beschädigt die freiheitliche Natur der Rechtsordnung und öffnet Tür und Tor für eine in letzter Konsequenz totalitäre Herrschaftsordnung.

Die AfD wird sich im Deutschen Bundestag gegen diese Entwicklung und für die Bewahrung einer freiheitlichen Privatrechtsordnung einsetzen.

Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung

Die grundgesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau hat mit der vom Parteienkartell propagierten Gleichstellung und Gleichmacherei nichts zu tun.

Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen.

Schutz der persönlichen Freiheit vor digitalen Übergriffen

Eingriffe in die Privatsphäre durch monopolistische, datengetriebene Großkonzerne, Behörden und Geheimdienste überschreiten zum Teil deutlich die grundge-

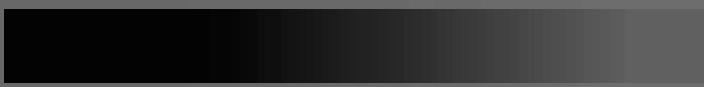
setzlich garantierten Freiheitsrechte. Dieser Gefährdung unserer Freiheit wollen wir entgegenwirken, den Bürgern ihre informationelle Selbstbestimmung zurückgeben und diese verfassungsrechtlich stärken.

Hinweisgeber (Whistleblower) schützen

Die totalitären Tendenzen haben auch in Deutschland ein demokratiegefährdendes Maß angenommen. Die verfassungswidrige Grenzöffnung und die massiven Grundrechtseinschränkungen im Namen der Corona-Krise waren die bisherigen Höhepunkte im täglichen Bruch von Recht und Verfassung durch Regierungspolitiker. Die Mainstream-Medien haben ihre elementare Aufgabe als vierte Gewalt aufgegeben und kritisch-objektive Berichterstattung gegen Regierungslobhudelei getauscht. So bleiben oftmals nur noch alternative Medien und Whistleblower zur Aufdeckung und Offenlegung regierungamtlichen Unrechts. Aus diesem Grund sind anonyme Hinweisgeber zur Aufdeckung von Korruption, Machtmisbrauch und anderen Straftaten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen unverzichtbar.

Die EU-Richtlinie zum Hinweisgeberschutz ist unzureichend. Wir fordern ein einheitliches deutsches Gesetz mit verständlichen klaren Regeln sowie eine entsprechende Anpassung des Beamtenrechts. Wichtige Bestandteile eines solchen Gesetzes sind für uns vorgeschriebene interne Whistleblower-Kanäle und alternative externe Meldemöglichkeiten bei einer unabhängigen, selbstständigen Behörde sowie der vollumfängliche Schutz des Hinweisgebers vor Repressalien, inklusive einer gesetzlich garantierten Vertraulichkeit.

Wir wollen den Bürgern ihre informationelle Selbstbestimmung zurückgeben und diese verfassungsrechtlich stärken.



KAPITEL 3

EU und Europa

EU und Europa

Ein Europa der Vaterländer

Die AfD steht für die Freiheit und Selbstbestimmung der europäischen Nationen. Wir bekennen uns zu einem Europa der Vaterländer als einer Gemeinschaft souveräner Staaten, die auf all jenen Gebieten zusammenarbeiten, die gemeinsam besser gestaltet werden können. Dazu gehört insbesondere ein freier Handel mit fairem Wettbewerb.

*Die AfD steht für die
Freiheit und Selbstbe-
stimmung der europäi-
schen Nationen.
Wir wollen den souve-
ränen, demokratischen
Nationalstaat erhalten.*

Eine staatsähnliche Europäische Union, wie sie von den etablierten Parteien angestrebt wird, halten wir im Sinne eines prosperierenden und friedlichen Europas für kontraproduktiv. Selbstverantwortliche und von lebendigen Demokratien gestaltete Nationalstaaten sind durch über nationale Einrichtungen nicht ersetzbar. Eine Gruppe benachbarter Staaten kann sehr gut auf völkerrechtlicher Basis konstruktiv und friedlich kooperieren. Der Versuch jedoch, aus derzeit 27 oder noch mehr Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Erfahrungen einen wie auch immer ausgestalteten Gesamtstaat zu bilden, muss scheitern. Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten sind. Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten. Nur dort kann Volkssouveränität gelebt werden, die Mutter und das Herzstück der Demokratie.

Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten

Eine Union europäischer Staaten wird nur dann eine Zukunft haben, wenn es gelingt, dem sich immer schneller drehenden Rad der Entdemokratisierung und Zentralisierung in die Speichen zu greifen, bevor die heutige EU durch die Pervertierung ihrer Gründungs-idee an sich selbst zugrunde geht. Die wirtschaftsgeschichtlich ungewöhnliche Idee einer Einheitswährung für wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte Staaten ist gescheitert. Es handelte sich um eine politische Wunschvorstellung, die mit ökonomischen Gesetzen nicht in Einklang zu bringen ist.

Mit der Einführung des sogenannten „Corona-Wiederaufbaupaktes“ wurde die Transferunion in eine neue Dimension gehoben. Diese Transferunion steht nicht nur im Widerspruch zu den europäischen Verträgen und den Versprechen der deutschen Politiker, sondern wird den Abstieg aller europäischen Volkswirtschaften und Konflikte zwischen den Staaten zur Folge haben.

Ein vergleichbares Versagen zeigt die EU in der jahrelang anhaltenden Migrationskrise. Auch das Krisenmanagement in der Corona-Krise war verheerend. Die Fehlentwicklungen in der Klima- und Energiepolitik treibt die EU durch unvorstellbar kostspielige Gesetzes- und Subventionspakete voran. Das langfristige Unheil dieser Verschuldungs- und Umverteilungs-Eskapaden wird vor allem den deutschen Steuerzahler treffen.

Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.

Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen. Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.



KAPITEL 4

Steuern und Finanzen

Steuern und Finanzen

Keine EU-Steuern

Das Recht, Steuern zu erheben, muss vollständig in nationaler Kompetenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbleiben. Steuereinnahmen bestimmen die nationalen Haushalte. Die Budgethoheit stellt die zentrale Kontrollmöglichkeit des Parlaments über das Regierungshandeln dar. Die im Zusammenhang mit dem "Recovery Fonds" von der EU-Kommission geforderte Einführung mehrerer Steuern in der Rechtssetzungs- und Ertragshoheit der EU muss daher verhindert werden.

Für ein Steuersystem mit wenigen Steuerarten und verständlicher Systematik

Das Steuerreformkonzept des ehemaligen Verfassungsrichters Kirchhoff ist ein gutes Beispiel für eine große Reform. In Orientierung daran könnten, bei Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommenssteuer), die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und etliche, nach ihrem Aufkommen betrachtet, weitere kleinere Verbrauchsteuern auf Bundesebene ersatzlos entfallen. So zum Beispiel die Energiesteuer, die Schaumweinsteuer und die Kaffeesteuer. Auf Landesebene sollten die Biersteuer und auf der Kommunalebene die Vergnügungssteuer, die Schankerlaubnissteuer, die Jagd- und Fischereisteuer und die Zweitwohnungssteuer entfallen. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie verwaltungsaufwendig und aufkommensschwach sind. Sie leisten keinen nennenswerten Beitrag zur Staatsfinanzierung.

Das Recht, Steuern zu erheben, muss vollständig in nationaler Kompetenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbleiben.

Abschaffung der Substanzsteuern

Ähnlich verhält es sich mit den sogenannten Substanzsteuern. Dazu zählen die schon erwähnte Grundsteuer, die an Haus- und Grundbesitz anknüpft, die Vermögenssteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Bei derzeit rund 800 Mrd. jährlichem Steueraufkommen des Gesamtstaates liegt deren Anteil insgesamt bei einem niedrigen einstelligen Prozentbetrag. Zudem ist die Vermögenssteuer bereits 1995 für verfassungswidrig erklärt worden.

Die Grundsteuer wird in der Gesetzgebungshoheit des Bundes geregelt. Ihr Aufkommen fließt ausschließlich den Kommunen zu. Auch sie wurde wegen der Bewertungsprobleme des Grund- und Gebäudevermögens für verfassungswidrig erklärt. Ihr steuersystematischer Erhebungsgrund ist unklar, weshalb ihre Existenzberechtigung und ihre Verfassungsmäßigkeit in der Rechtswissenschaft hochumstritten ist. Wenn sie in Wahrheit eine zweite Vermögenssteuer ist, wofür vieles spricht, ist sie ebenfalls konfiskatorisch und daher abzuschaffen. Ihr Aufkommen entspricht etwa 10 % des gesamten Steueraufkommens der Kommunen.

Als Ersatzeinnahme für die Kommunen strebt die AfD eine Änderung des Verteilungsschlüssels der großen Steuerarten zu Gunsten der Kommunen an.

Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland deutlich zu senken (laut OECD weltweit nur noch von Belgien übertroffen!).

Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland deutlich zu senken.

Es gilt, die in den letzten Jahren erfolgte massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland zu stoppen.

Es gilt, die in den letzten Jahren erfolgte massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland zu stoppen und den Wirtschaftsstandort Deutschland für Investitionen wieder attraktiv zu machen.

Die Wirtschaftsstruktur Deutschlands ist, am weltweiten Maßstab gemessen, extrem stark von mittelständischen Unternehmen geprägt. Sie beschäftigen die relativ meisten Arbeitnehmer, bilden mit Abstand die meisten Lehrlinge aus und existieren vielfach über mehrere Generationen. Im Falle des Unternehmensübergangs im Erbgang, insbesondere auch innerhalb der Familie, wurde bei größeren Vermögen umso drastischer auf die Unternehmenssubstanz im Wege der Erbschaftssteuer steuerlich zugegriffen mit der Folge der Zerstörung funktionierender Unternehmen.

Generationsübergreifender Werterhalt zum Nutzen von uns allen wird seit Jahrzehnten durch sozialistische Gleichheitsvorstellungen und klassenkämpferische Neidgefühle verhindert. Dem stellt sich die AfD entgegen. Erbgänge sind zunächst Angelegenheiten zwischen Erblassern und Erben. Es gibt keinen akzeptablen Grund, aus Trauerfällen Steuerfälle zu machen.

Die AfD fordert daher die Abschaffung der Erbschaftssteuer.

—
Wir wollen den Erwerb
von Wohneigentum
erleichtern.

Wir wollen ein Land von Wohnungseigentümern werden

Der Erwerb von Grund und Boden und von Wohneigen-tum unterliegt der Grunderwerbsteuer. Sie bemisst sich in Prozenten der Erwerbskosten und erschwert damit die Eigentumsbildung breiter Bevölkerungsschichten, die weit überwiegend als Ziel eines selbstbestimmten Lebens den Erwerb von Wohnungseigentum anstreben. Deutschland ist europaweit mit unter 50 % das Land mit der geringsten Eigentumsquote bei der Wohnungsver-sorgung. Das wollen wir ändern und den Erwerb von Wohneigentum unter anderem durch die Abschaffung der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Immobilien zur Eigennutzung erleichtern. Bereits vor Jahrzehnten gab es für eine gewisse Zeit unter bestimmten Voraus-setzungen eine einmalige Grunderwerbssteuer-befreiung für den Erwerb von selbstgenutztem Wohnungseigentum.

Die AfD setzt sich ein für die Reduzierung der Steuer- und Abgaben-quote.

Elementare Steuergerechtigkeit statt Nominalwert-prinzip und Ungleichbehandlung von Steuerbürgern

Da es nahezu immer eine gewisse Inflationierung des Geldes gibt, war und ist es ein Akt grober Ungerechtigkeit, die progressive Tabellenbelastung des Einkommens und die Bemessungsgrundlagen, die durch Freibeträge, Freigrenzen, Pauschbeträge und Pauschalen maßgeblich bestimmt werden, über lange Zeiträume nominal konstant zu lassen („kalte Progression“). Bei einer Inflation von jährlich 2 % schmelzen Freibeträge innerhalb von 10 Jahren um über 20 % ihres ursprünglich gesetzgeberisch gewollten Geld-wertes ab.

Das Gleiche gilt für die überproportional steigende Steuerlast bei lediglich nominalem Einkommenswachstum durch die Festschreibung der Steuertabelle.

Seit der 18. Legislaturperiode des Bundestages werden zwar durch Einzelgesetze die Kinder- und die Grundfreibeträge an die Inflation angepasst und inzwischen auch die Tabellenbeträge angehoben. Im Jahrzehnt davor ist dies jedoch nicht geschehen, mit der Folge, dass man in Deutschland, etwa im krassen Unterschied zur Schweiz, mit leicht überdurchschnittlichem Einkommen bereits zu Teilen mit dem Spitzensteuersatz belastet wird. Es ist ein Gebot elementarer Gerechtigkeit, für beide Phänomene eine automatische gesetzgeberische Dynamisierung vorzunehmen. Dies wurde daher auch von der AfD-Bundestagsfraktion wiederholt in Antragsform gefordert.

Genauso elementar wird die Steuergerechtigkeit verletzt, wenn der Solidaritätszuschlag, der aus Gründen der Finanzierung des Aufbau Ost eingeführt wurde, nach dem Wegfall dieser Transferleistungen nicht ebenfalls entfällt. Maßgebliche Verfassungsrechtler halten die nunmehrige vollständige Abschaffung des „Soli“ für verfassungsrechtlich zwingend geboten.

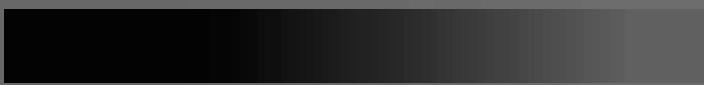
Die AfD-Bundestagsfraktion hat bereits mehrfach entsprechende Anträge im Bundestag zur Abstimmung gestellt, die alle mit breiter Mehrheit abgelehnt wurden. Mit Wirkung für 2021 wurde nunmehr für untere und mittlere Einkommensgruppen der Steuerzuschlag abgeschafft - mit der Konsequenz, dass etwa die Hälfte der 20 Mrd. des jährlichen Aufkommens entfällt.

Die AfD fordert die Einführung einer Digitalsteuer, die nicht auf den Gewinn, sondern auf den Umsatz der Digital-Konzerne erhoben wird.

Die zweite Hälfte des Aufkommens bleibt jedoch – beispielsweise auch für alle kleinen GmbH – für die übrigen Einkommensteuerzahler als Zusatzbelastung erhalten. Der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Steuerzahler wird damit eklatant verletzt. Das Bundesverfassungsgericht wird über die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens zu entscheiden haben.

Besteuerung an Digitalzeitalter anpassen: Einführung einer Digitalsteuer

Die AfD fordert die Einführung einer Digitalsteuer für Tech-Riesen („Gafam“), die nicht auf den Gewinn, sondern auf den Umsatz dieser Unternehmen erhoben wird. Denkbar ist dabei die Besteuerung von Umsätzen aus dem Platzieren personalisierter Werbung auf der Basis von Nutzerdaten, Umsätzen aus Vermittlungsdiensten zwischen Nutzern und Umsätzen aus dem Verkauf von Nutzerdaten. Da die Verhandlungen über die Einführung einer Digitalsteuer auf europäischer Ebene vorerst gescheitert sind, planen bereits mehrere europäische Länder eine entsprechende Regelung auf nationaler Ebene oder haben eine solche in Teilen bereits umgesetzt. Deutschland sollte sich zügig anschließen und eine nationale Digitalsteuer auf den Weg bringen.



KAPITEL 5

Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“

Wirtschaft: Für einen „Blue Deal“

Wirtschafts- und Innovationspolitik für Deutschland

Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik: Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit und eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung sind elementare Bestandteile einer freiheitlichen und prosperierenden bürgerlichen Gesellschaft. Diese wollen wir erhalten und Fehlentwicklungen korrigieren.

Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik. Wir wollen die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien.

In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen zur Mehrung des Wohlstandes verschlechtert. Die weltweite Konjunktur hat an Fahrt verloren. Politisch initiierte Umbrüche wie die „Klimarettung“ fordern enorme Investitionen und Umstrukturierungen und treffen manche Branchen brachial. So wird der Kern der deutschen Wirtschaft geschwächt. Gleichzeitig liegt Deutschland gemäß einer Studie der Europäischen Zentralbank bei diversen Wohlstandsindikatoren im europäischen Vergleich auf den hinteren Plätzen.

In dieser Situation legt die Corona-Pandemie die internationale Wirtschaft zeitweise weitgehend lahm und führt zu einem dramatischen Rückgang der Wertschöpfung. Die deutsche Volkswirtschaft ist exportorientiert und von internationaler Arbeitsteilung abhängig. Deshalb ist unser Land ganz besonders von den weltweiten Auswirkungen der Corona-Krise betroffen.

Die AfD will deshalb die Volkswirtschaft auf einen normalen Entwicklungspfad zurückführen.

Den Mittelstand entlasten

Der deutsche Mittelstand stellt nicht nur einen Großteil der Arbeitsplätze bereit, er bildet auch mit seiner Flexibilität und seinem Erfindungsreichtum einen Stabilitätsanker für unsere Wirtschaftsstruktur. Dies schafft er oft ohne staatliche Subventionen und Steuererleichterungen, von denen vor allem Großkonzerne profitieren.

Er verkraftet aber nicht die Doppelbelastung durch politisch initiierte Strukturbrüche und pandemiebedingte Einschränkungen. Billionenschwere Rettungspakete können nicht eine Erholung der Realwirtschaft ersetzen oder über Nacht herbeiführen; stattdessen wird damit nur eine Umverteilung im Sinne der „Großen Transformation“ und zum Nachteil unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vorangetrieben.

Politisch induzierte Belastungen aussetzen

Wir wollen die Wirtschaft von politisch herbeigeführten Belastungen komplett befreien. Dafür wollen wir, wo nötig, auch die Rechtslage anpassen. Davon unbenommen setzen wir uns auf nationaler Ebene für eine Entschädigung der Wirtschaftssektoren ein, die von den Corona-Maßnahmen besonders betroffen sind.

Wir setzen uns für die Entschädigung der Wirtschaftssektoren ein, die in Deutschland von den Corona-Maßnahmen besonders betroffen sind.

Technologieführerschaft mit „Blue Deal“

Der deutsche Erfindergeist ist legendär. Heute sind Erfinder aber mobil und wandern oft aus, da sie hier mit Auflagen gegängelt werden und nicht die Entwicklungssicherung und Geldgeber finden, die den Aufbau eines Unternehmens fördern.

Diese Entwicklung müssen wir umkehren. Wir wollen mit einem Blue-Deal-Entwicklungsplan Investitionen in Technologieführerschaft entfesseln, indem wir:

- ▶ Schulbildung, Hochschulbildung und Forschung verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten,
- ▶ die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Produkte fördern,
- ▶ Selbständigkeit und Erfindergeist fördern und damit die Dynamik kleiner innovativer Einheiten nutzen.

Technologische und wirtschaftliche Zukunftschancen sehen wir beispielsweise

- ▶ im Wiederaufbau eines nationalen pharmazeutisch-medizinischen Kompetenz-Clusters,
- ▶ in Aufstellung und Umsetzung eines Entwicklungsplans Quantencomputing,
- ▶ in der Entwicklung von Technologien und Geschäftsmodellen zur Weltraumnutzung.

Dazu wollen wir

- ▶ die Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland verbessern,
- ▶ die Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand bringen,
- ▶ Staatseingriffe in den Energiemarkt beenden, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt.

Die AfD will die Rahmenbedingungen für Investitionen durch eine zeitgemäße Infrastruktur und die Beendigung von Staats-eingriffen in den Energiemarkt verbessern.

Wir wollen Bürokratie abbauen und den Staat effizienter machen durch

- ▶ Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts,
- ▶ Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen,
- ▶ Sicherstellung verlässlicher rechtlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen ,
- ▶ Überprüfung, ggf. Abbau bzw. Befristung von Regulierungen und Subventionen,
- ▶ Überprüfung und Reduzierung der wirtschaftsrelevanten Rechtsgebiete auf Streitanfälligkeit.

Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer „Industriepolitik“

Zu unserem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft gehört ein gedeihliches Zusammenwirken von Unternehmern und Beschäftigten. Sie sind keine Gegner, sondern kooperieren im Geiste der Sozialpartnerschaft, um betriebliche Ziele zu erreichen und Interessengegensätze ins Gleichgewicht zu bringen. Als AfD bekennen wir uns zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen. Forderungen nach Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampf rhetorik oder vorsätzlich herbeigeführte Konflikte durch Vertreter linker Parteien lehnen wir dagegen entschieden ab. Sie gefährden den sozialen Frieden und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Forderungen nach Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit lehnen wir entschieden ab.

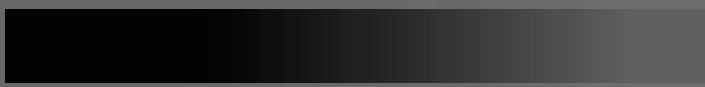
Die Zukunft der organisierten Unternehmer- und Beschäftigtenvertreter ist blau:

Unser sozialpolitisches Ziel bleibt „Wohlstand für alle“!

Wir lehnen es ab, dass sich die Bundesregierung zunehmend als Unternehmer versteht und betätigt. Sie nimmt direkten Einfluss auf Unternehmen und Innovationen und versucht die Wirtschaft durch Vorgaben und Subventionen zu steuern. Diese Art von Staatswirtschaft führt regelmäßig in den wirtschaftlichen Niedergang.

Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard wiederbeleben und Wohlstand für alle schaffen. Die Aufgabe des Staates soll die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen sein.

Der Schutz vor Wettbewerb, staatlich verordneten Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke oder die von der Bundesregierung propagierte Schaffung „europäischer Monopole“ gehören nicht dazu.



KAPITEL 6

Der Euro ist gescheitert

Der Euro ist gescheitert

Die seit 30 Jahren laufende, schleichende Umwandlung des Staatenbunds Europa in einen EU-Zentralstaat ist von den europäischen Völkern nie gewollt oder demokratisch legitimiert worden. Der Euro besitzt nicht die institutionelle Grundlage, die unabdingbare verfassungsrechtliche Voraussetzung für seine Legitimität wäre. Die EU geriert sich heute als Bundesstaat – und nicht mehr als Staatenbund souveräner Nationalstaaten.

Die Geschäftsgrundlage des Euro ist ebenfalls schon seit über zehn Jahren zerstört. Mit der Corona-Krise sind nun auch noch die letzten Hemmungen zum Verfassungsbruch gefallen. Wir erleben heute eine vertragswidrige, sogar sozialistische Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen und eine Verschuldung auf Ebene der EU sowie eine verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige Wirtschaftspolitik durch die EZB – alles weitgehend auf Deutschlands Kosten.

Wir wollen die „Transferunion“ aufkündigen und wieder eine nationale Währung einführen.

Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten

Die AfD steht auch in der Währungspolitik für ein auf sozialer Marktwirtschaft und nationaler Eigenverantwortung basierendes, freundschaftliches Miteinander in Europa.

Die Grundlage der Eurowährung war: Vermeidung überbordender Schulden in allen EU-Staaten und keine Haftung der Staaten untereinander. Beide Regeln werden permanent gebrochen. Der Euro wird heute